

## PRESSEMITTEILUNG



Deutsche Gesellschaft  
für Mauerwerks-  
und Wohnungsbau e.V.

Dr. Ronald Rast  
DGfM-Geschäftsführer  
Kochstraße 6-7  
10969 Berlin

Pressestelle:  
Tel.: 030 / 28 87 99 93  
Fax: 030 / 28 87 99 55  
E-Mail:  
[wohnungsbau@presse-themen.de](mailto:wohnungsbau@presse-themen.de)

Berlin, 17. September 2019

Bauexperte Wegner (CDU): Wohnraum für alle Einkommensklassen hat Priorität

### **Kein „Schuld-Verschiebe-Dreieck“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen**

Falsches Vorzeichen für eine Politik, die mehr versprochen hat: Das Minus bei den Baugenehmigungen in diesem Jahr trifft hart auf das GroKo-Ziel von 1,5 Millionen Neubauwohnungen bis 2021. „Eigentlich müsste es spätestens jetzt enorme politische Klimmzüge geben, um aus dieser Misere herauszukommen. Doch das, was die Branche dringend braucht, fehlt: Ein Masterplan, der Perspektive bietet. Eine Wohnungsbaustrategie 2030. Nur wenn die kommt, wird die gesamte Prozesskette Bau – von der Baustoffherstellung bis zur Verarbeitung auf den Baustellen – bereit sein, deutlich mehr Kapazitäten aufzubauen. Mehr Manpower, mehr Maschinen“, sagt Dr. Ronald Rast. Der Koordinator der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ machte beim Herbsttreffen der rund 30 Verbände und Organisationen der Bau- und Immobilienwirtschaft am Dienstag (Hinweis f.d. Red.: 17. September) in Berlin deutlich, dass die bisherigen Maßnahmen der schwarz-roten Koalition im Bund bei weitem nicht ausreichend seien. Weder die regional beschränkte Sonderabschreibung für den Mietwohnungsbau noch das zeitlich begrenzte Baukindergeld reichten aus.

Politischer Gast der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ war der baupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kai Wegner: „Die Schaffung zusätzlichen Wohnraums für alle Einkommensklassen ist eine der politischen Top-Prioritäten.“ Der Bauexperte der Union rückte die Baulandfrage in den Fokus: „Jetzt gilt es, das Schließen von Baulücken und die Außengebietenentwicklung bauplanungsrechtlich zu erleichtern.“ Ziel sei es zudem, über ein Brachflächenprogramm und über die verbilligte Abgabe von Bahngrundstücken Wohnbauflächen zu mobilisieren. Gleichzeitig nahm Wegner die Länder und Kommunen in die Pflicht: Städte und Gemeinden müssten mehr Bauland ausweisen. Die Länder seien gefordert, „den Wohnungsbau weiter zu erleichtern, zum Beispiel durch weniger Bürokratie in den Landesbauordnungen.“

Die Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ warnte dagegen vor einem „Schuld-Verschiebe-Dreieck“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Große Koalition habe ein klares Wohnungsbaupersprechen gegeben. Es sei deshalb enttäuschend, dass sie sich auch in dieser Legislaturperiode bislang immer noch nicht dazu durchgerungen habe, die Anhebung der sachgerechten und dringend notwendigen steuerlichen Abschreibung (lineare AfA) von 2 auf 3 Prozent beim Neubau von Wohngebäuden umzusetzen.

# Aktion Impulse für den Wohnungsbau

Ein Zusammenschluss von mehr als 30 Verbänden und Organisationen der deutschen Bau- und Immobilienbranche. Das stärkste Fundament für den Wohnungsbau in Deutschland.

„Es gibt drei Punkte, die im Wohnungsbau jetzt dringend zusammengebracht werden müssen: Ganz oben steht die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Dann die Stichworte Klima und Demographie – also die energetische und altersgerechte Gebäudesanierung. Und der Stadt-Land-Brückenschlag – also der Ausbau von Infrastruktur und öffentlichem Personennahverkehr“, so Dr. Ronald Rast.

## Foto-Unterzeile

Bauexperte beim Branchentreffen: Kai Wegner (FOTO-POSITION) ist baupolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er will Länder und Kommunen stärker in die „Wohnungsbaupflicht“ nehmen. Dr. Ronald Rast (FOTO-POSITION) drängt als Koordinator der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ auf eine „Perspektive 2030“ für den Wohnungsbau.